

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 292-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Mittwoch

10. Juni 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 2506-2507

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Macdonald gegen Chamberlain.

Die englische Arbeiterpartei gegen den Pakt — für das Genfer Protokoll.

London, 10. Juni. (W.F.B.) Ramsay Macdonald erklärte dem Parlamentsberichterstatter des „Daily Herald“, die gesamte Arbeiterpartei werde sich dem Abkommen Chamberlains mit Briand widersetzen, das der Beginn nicht eines allgemeinen Einverständnisses, den Frieden aufrechtzuerhalten, sondern der Beginn individueller Pakte, Bündnisse und Garantien. Es werde nicht den Frieden fördern, sondern eine Atmosphäre für den Krieg schaffen. Seiner Ansicht nach werde England den Pakt nicht unterstützen, wenn es wisse, welche Lasten er ihm auferlege und welches Risiko es übernehme.

Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Herald“ zufolge ist gestern in britischen amtlichen Kreisen vollkommen in Übereinstimmung worden, daß ein Abkommen, wie es in Paris geschildert wurde, erzielt worden sei, oder auch nur in Aussicht genommen werde. In Genf sei nur der Inhalt der nach Berlin zu sendenden Note vereinbart worden. Es werde eine freundschaftliche Note sein, die den deutschen Vorschlag eines Paktes gegenseitiger Garantien begrüße und ganz allgemeine Grundsätze niederlege.

Es sei versichert worden, daß von einer einseitigen Allianz keine Rede sein könne. Jeder Pakt müsse vollkommen gegenseitig sein. Der Berichterstatter bezeichnet die augenblickliche Lage als erstaunlich sowie als einen Reford im diplomatischen Durchgang. Was sei die Deutung? Möge die französische Regierung aus Gründen der Innenpolitik geltend, daß Briand von Chamberlain etwas herausbekommen habe, was er tatsächlich nicht erhielt, oder habe Chamberlain die formelle Note, die er Briand ausständigte, durch formelle Zusicherungen ergänzt, so daß ihre unbestimmte Fassung in Wirklichkeit ein englisch-französisches Militärbündnis bedeute, und habe der Quai d'Orsay indirekterweise das Geheimnis verraten?

London, 10. Juni. (W.F.B.) „Daily Herald“ verkündet in seitgedruckter Ueberschrift, daß die Arbeiterpartei die Faktopolitik angreifen werde. Das Blatt weist auf die abweichende Auslegung der erklärten Uebereinkunft seitens des Quai d'Orsay und des Foreign Office hin. „Daily Herald“ teilt mit, daß die Arbeiterpartei, die die Opposition gegenüber der gesamten Faktopolitik und die Unterstützung des Genfer Protokolls erklärt habe, beantragt habe, die Frage im Parlament zu erörtern.

Eine Rede Chamberlains.

Genf, 10. Juni. (W.F.B.) Bei einem Pressediner hielt Chamberlain eine Rede, in der er mit einigen Worten die nächste Entwicklung der Sicherheitsfrage streifte und sagte,

Keine Matteotti-Gedenkfeier.

Im Parlament verboten, außerhalb unmöglich!

Rom, 10. Juni. (W.F.B.) Nach der Verfügung des Kammerpräsidenten, daß heute das Kammergebäude geschlossen gehalten werde, hat das Exekutivkomitee der Opposition beschlossen, daß für Matteotti nur in der Kammer eine Gedenkfeier abgehalten werden könne und daher die für heute geplante Feier ausfallen müsse. Man nimmt an, daß infolgedessen der heutige Tag ruhig verlaufen wird.

Der Beschluß der Opposition ist in dieser kurzen Fassung doppelsinnig. Sie kann meinen, daß nur das Parlamentsgebäude, in dem Matteotti jene Anklagereden hielt, für die man ihn meuchelte, die würdige Stätte der Gedächtnisfeier wäre. Der Beschluß kann aber auch bedeuten, daß das Andenken des Ermordeten außerhalb des Parlaments, im Bereich der musolinischen Kultur nicht begangen werden darf, wenn die Teilnehmer nicht an ihrem Leben gefährdet sein sollen. Beide Deutungen treffen zu und beide werden in der ganzen Welt verstanden und gewürdigt werden.

Gedächtnisartikel beschlagnahmt!

Mailand, 10. Juni. (E.P.) „Stampa“, „Corriere della Sera“ und andere Oppositionsblätter wurden gestern beschlagnahmt, weil sie am ersten Jahrestage der Ermordung Matteottis Gedächtnisartikel veröffentlichten, in denen sie den unbeugbaren Standpunkt der Liberalen gegenüber dem faschistischen Regime betonten und den Ermordeten als einen unerschrockenen Kämpfer der Freiheit feierten. Die sozialistische „Giustizia“ erschien heute statt mit einem Gedächtnisartikel, der beschlagnahmt worden wäre, mit dem Bilde Matteottis, das die ganze erste Seite des Blattes ausfüllt. Die Behörden haben einen Teil der faschistischen Miliz mobilisiert, um jede Gedächtnisfeier und Kundgebung für Matteotti im Arbeiterortel zu verhindern. In Rom wird das Parlamentsgebäude geschlossen und besonders bewacht sein, was seit Jahrzehnten nicht vorgekommen ist. Die Straße, durch die Matteotti vor seiner Ermordung hindurchgeführt wurde, wird behördlich abgesperrt.

Deutlicher als durch diese Maßnahmen kann der Faschismus nicht beweisen, daß er jede Matteotti-Feier als gegen sich gerichtet empfindet, weil er der Mörder ist.

Professor Salvemini wegen Antifaschismus verhaftet.

Rom, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der auch im Auslande bekannte Geschichtsprofessor der Universität Florenz, Gaetano Salvemini, wurde in Rom verhaftet, nachdem man ihn in Florenz tadellos gefunden hatte. Er wird beschuldigt, an der Herausgabe antifaschistischer Schriften beteiligt zu sein.

man dürfe den Völkerbund nicht mit Aufgaben belasten, die für ihn heute noch nicht ratsam seien.

Er hoffe, daß in nicht allzu langer Zeit eine Reihe wechselseitiger Verträge zwischen den ehemals kriegsführenden Ländern zustande komme. Der Völkerbund, der so einen weiteren Rückhalt finden werde, könne dadurch den Frieden der Welt auf eine solide Grundlage stellen und die heute noch bestehende Unsicherheit befeitigen.

Befremden in Italien.

Rom, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die italienische Presse kommentiert das in Genf getroffene englisch-französische Uebereinkommen vorläufig nicht. Es verlautet, daß die Regierungspresse Anweisung erhalten hat, sich zunächst nicht zu äußern. „Giornale d'Italia“ läßt sich aus Genf melden, daß der Pakt zu Gunsten, wie ihn Mussolini plant, noch nicht endgültig erledigt sei. Tatsächlich hat jedoch die Verständigung zwischen England und Frankreich in Genf, insbesondere aber die Ausfertigung der Antwort auf den deutschen Garantiepakt ohne italienische Anteilnahme in Rom sehr verschlüsselt.

Tschechische Blätter gegen England.

Prag, 10. Juni. (W.F.B.) Die tschechische nationaldemokratische Presse nimmt bei Besprechung der englisch-französischen Vereinbarung in der Garantiepaktfrage lebhaft Stellung gegen England.

„Rozhodni Listi“ bedauert, daß der englische Einfluß, der in Berlin ebenso mächtig sei wie in Paris, sich ausschließlich auf Angelegenheiten englischen Interesses beschränke. Mitteleuropa sei den Engländern zu weit entfernt. Bei der großen Verschiedenheit der englischen und der französischen Interessen sei allerdings das bisher Erreichte zu begrüßen, auch wenn die Tschechoslowakei keine neuen Garantien erhalte.

„Rozhodni Politika“ sieht in dem Genfer Uebereinkommen nur englischen Egoismus, der lediglich an das Verhältnis Englands zu Russland denke, und zwar auf Kosten Mitteleuropas. England sichere Frankreich nur das, was eine unmittelbare Sicherung Englands bedeute. Der Versäßer Vertrag, dem England die Sicherung der östlichen Verbündeten Frankreichs überlasse, sei bisher unaufhörlich von Deutschland, ja sogar von England und Amerika erschüttert worden. Das Blatt bezweifelt ferner die Aktionsfähigkeit des Völkerbundes in ersten internationalen Fragen. Die tschechische Außen- und Innenpolitik müßte sich gemäß der Möglichkeit einer Neugruppierung der europäischen Verhältnisse einrichten.

Englisch-französische Rißblockade.

Paris, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die spanisch-französischen Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen in Marokko haben nunmehr zu einem Ergebnis geführt. Eine französisch-spanische Kommission soll am nächsten Montag in Madrid zusammentreten, um vor allem über die Unterdrückung des Waffenschmuggels zu beraten. Es ist wahrscheinlich, daß die beiden Länder zu diesem Zweck eine Blockade des Riß eröffnen werden. Darüber hinaus soll die militärische Kooperation Spaniens und Frankreichs im Riß Gegenstand der Verhandlungen bilden. In der Kommission dürfte Frankreich durch den ehemaligen Minister des Innern, Maloy, vertreten sein, der auch bisher die Verhandlungen mit Spanien geführt hat.

Der Landtag beschlußunfähig.

Neue Sitzung — sofort!

Präsident Bartels eröffnet die Landtagsitzung nach 12¼ Uhr. Nach Erledigung von Eingaben wird die zweite Kammer zum Gesetzentwurf betr. Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit in erster und zweiter Beratung ohne Aussprache erledigt und unverändert angenommen. Zur weiteren Förderung des Baues von Kleinbahnen wird ein Kredit von 2 Millionen Mark angefordert. Nach kurzer Erörterung wird die Vorlage dem Hauptausschuß überwiesen.

Es folgt die dritte Beratung des aus der Initiative des Hauses hervorgegangenen Gesetzentwurfes über die

Wahlzeit der Provinziallandtage und Kreisstage und ihrer Mitglieder. In zweiter Beratung war die Verlängerung der Wahlzeit bis 1. November 1925 beschlossen worden.

Hg. Dr. v. Arries (Dnat.) beantragt unter Bezugnahme auf die bekannte Stellung seiner Fraktion zur Frage der Innehaltung der vierjährigen Wahlperiode namentliche Abstimmung, damit eine qualifizierte Mehrheit für den Entwurf festgestellt werde.

Hg. Schäling (Z.) will die Abstimmung auf Freitag verschoben wissen, zieht diesen Antrag aber auf den Widerspruch der Rechten zurück.

Die namentliche Abstimmung ergibt die Beschlußunfähigkeit des Hauses, da nur 149 Stimmen abgegeben worden sind. Die Sitzung wird geschlossen und vom Präsidenten eine neue Sitzung auf sofort einberufen.

Das Haus wendet sich zu den Verordnungen und Novellen betr. die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen.

Das Tschechenheer bleibt unter französischer Leitung. In Prag wird amtlich die Meldung über die Auffassung der Prager französischen Militärmission als unzutreffend demontiert.

Die Internationale Arbeitskonferenz in Genf ist heute mittag mit einer Rede ihres Vorsitzenden Dr. Benesch geschlossen worden.

Deutsche Werke.

Schikanen der Interalliierten Militär-Kommission.

Von Rud. Wissell.

Die Deutschen Werke kommen aus ihren Schwierigkeiten nicht heraus. Jahre hindurch hatten sie unter der gesamten Wucht des Vernichtungswillens der Interalliierten Militär-Kontrollkommission (I.M.K.) zu leiden. Soeben konnten wir hoffen, daß die im Frühjahr eingetretenen finanziellen Schwierigkeiten überwunden worden seien, und nun kommt die Note der alliierten Regierungen, die im dritten Teil der Anlage auch Forderungen für die drei Werke Hanau, Spandau und Havelhorst erhebt, von deren Auswirkung jetzt nur das eine gesagt werden kann, daß sie zum mindesten eine ganz wesentliche Belastung, wenn nicht die Unmöglichkeit der Fortführung der drei Betriebe bewirken wird.

Von Anbeginn haben die Deutschen Werke unter den Eingriffen der I.M.K. zu leiden gehabt. Die Schwierigkeiten der Produktionsumstellung waren ungeheuer. Insgesamt mußten bisher Hunderte von Maschinen für Reparations- und Wiedergutmachungszwecke abgeliefert werden, rund dreizehntausend Maschinen zerstört und rund zwölftausend Maschinen zerstreut werden. Unter Zerstreuung ist der Verkauf an Einzelfirmen zu verstehen, wobei die I.M.K. Wert darauf legte, daß die Maschinen in die Hände möglichst vieler kleiner Firmen gelangten, damit ja nicht etwa wieder eine einheitliche Benutzung möglich war. Dabei handelte es sich nicht etwa um Spezialmaschinen — die mußten zerstört werden —, sondern um Werkzeugmaschinen, die für die verschiedensten Zwecke der Friedensfabrikation überall Verwendung finden. Das große Angebot dieser Maschinen, die in gleicher Art natürlich auch von den anderen Waffenfabriken zu gleicher Zeit auf den Markt kamen, zeitigte einen nur überaus geringen Erlös, so daß man geradezu von einer Verschleuderung sprechen muß. Freilich von einer durch die I.M.K. erzwungenen Verschleuderung!

Für Erfurt und Havelhorst wurde den Deutschen Werken die Erzeugung von Sport- und Jagdwaffen und die Herstellung der Munition dazu unter der Bedingung gestattet, daß z. B. die zur Bearbeitung der Gewehrläufe dienenden Bänke vertücht würden, so daß sie für die Anfertigung von Militärgewehren nicht mehr verwendet werden konnten. Das gelang. Die Sport- und Jagdwaffenfabrikation hatte nach einem etwa zweijährigen Anlauf eine überaus günstige Entwicklung genommen, so daß mit der Weiterbeschäftigung vieler Arbeiter gerechnet werden konnte. Dann wurde auch diese in beiden Werken vollkommen ausgezogene Fabrikation verboten und mußte wieder eingestellt werden. Die Folge war, daß in Erfurt etwa 4000 und in Havelhorst etwa 2000 Menschen entlassen werden mußten. Rund 10 Millionen Goldmark haben die Deutschen Werke lediglich an Löhnen für Zerstörung von Baumerken, Maschinen und Materialien ausgezahlt, den Wert des Zerstörten nicht mitgerechnet.

Nun stellen die Alliierten neue Forderungen.

In Hanau sollen noch einige Spezialeinrichtungen zerstört werden. Noch weiß keiner, was das für Spezialeinrichtungen sein werden. Wolfgang-Hanau war eine Pulverfabrik; das Werk stellt heute Kunstleder und Lacke her. Alles hat zerstört werden müssen, bis herab zu der unterirdischen Amaliation, bis auf verzinnte Eimer und auf Loren. Für Wolfgang-Hanau war die Fabrikation von Filmwolle in Aussicht genommen. Die Fabrikation von Filmwolle, die durch Umarbeitung von Schießbaumwolle erfolgen sollte, stellt ganz außerordentlich hohe Anforderungen in bezug auf Durchsichtigkeit, Farblosigkeit, Reinheit, Biegsamkeit und Beständigkeit dieses Materials und hatte lange umfangreiche und Arbeit und Geld verschlingende Versuche erfordert, bis dieser Produktionszweig einführungsreif war. Die Alliierten hatten für diese Fabrikation auch schon 50 Tonnen Schießbaumwolle freigegeben. Dann wurde die Erlaubnis plötzlich zurückgezogen und dem Werk ein ungeheurer Schaden zugefügt.

Spandau. In Spandau sollen ein vierter Martinofen und das Gebäude des Bessemer-Stahlwerks zerstört und das Walzwerk eingeschränkt werden. Spandau hat sich auf die Erzeugung von Schrauben, Nieten, Stahlguß, Grauguß, Zylinderguß, Kompressoren, Walzwerks-, Preßwerkzeugen, auf maschinenbearbeitete Teile, Bettstellen, Holzbearbeitungsmaschinen, Landmaschinen usw. umgestellt und findet für seine Fabrikate, die erster Qualität sind, gute Aufnahme in der Wirtschaft. Die Seele des ganzen Betriebes ist die Eisenerzeugung in den alten Siemens-Martinöfen, die noch benutzt werden dürfen, und das kleine Walzwerk. Wenn Spandau überhaupt hochkommen soll, muß diese Produktion ausgebaut werden. Heute wird der in Berlin anfallende Schrott nach dem Besten gefahren und kommt von dort als Rund-, Flach- und Profilleisen zurück. Bei einem Ausbau der ja in Spandau schon vorhandenen und an sich auch von der I.M.K. zugelassenen Eisenerzeugung würde dem Werke Spandau selbst, wie auch der Wirtschaft Berlins ganz wesentlich gebietet werden. Gerade die leichten Eisenprofile müßten in Berlin leicht Abfah finden. Ein solches Eisen- und Stahlwerk vor den Toren Berlins würde sowohl für den aus Berlin anfallenden Rohstoff wie für das Fertigerzeugnis erhebliche Frachtvorteile aufweisen. Ein Teil der eigenen Eisenerzeugung würde im eigenen Werk, ein nicht unerheblicher anderer Teil im Nachbarwerk Havelhorst Verwendung finden.

Nun soll diese Erzeugung noch beschränkt und das sowieso schon nicht modernen Ansprüchen genügende Walzwerk einge-

...ant werden! Man würde damit dem Spandauer Werke geradezu den Lebensadern abschneiden.

Hafelhorst. Von den 14 500 dort bei Kriegsschluß befindlichen Maschinen sind zirka 4500 zerstört und zirka 4200 zerstört worden; 760 wurden für Wiedergutmachungszwecke beschlagnahmt. Jetzt hat sich Hafelhorst auf die D-Rad- und Automobilfabrikation gelegt und geradezu überraschende Erfolge erzielt. Das D-Rad ist die führende Marke Deutschlands geworden. Um den Ansprüchen, die an das Werk in bezug auf Zahl und Schnelligkeit der Lieferung gestellt werden, genügen zu können, ist die Fabrikation in modernster Weise aufgezogen und sind neue Werkstätten gebaut worden.

Wie die Hafelhorster Fabrikation eine Gefahr für Frankreich bedeuten sollte, ist ganz unverständlich. Nicht einmal eine Gefahr für die französische Automobilindustrie liegt vor, denn daß Hafelhorst diese in Frankreich bedrohen könnte, ist doch zu absurd, als daß das nur angenommen werden könnte.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß das Verlangen der Alliierten den Eindruck kleinlich-boshafter Politik macht. Was die Deutschen Werke im Laufe dieser Jahre trotz aller Hemmnisse durch die V.M.A., durch die wirtschaftlichen Verhältnisse und durch die Beschränktheit ihrer Mittel an Arbeit geleistet haben, das ist wirkliche Friedensarbeit gewesen.

Was jedem Privatunternehmer zu tun gestattet ist, und worum die V.M.A. sich nicht im geringsten kümmern würde, das kann doch auch den Deutschen Werken zu tun nicht verweigert werden.

Zwischen den Wellen.

Ruth Fischer in Rötten.

Es ist das Best der Kommunisten, daß sie immer Jahre später als andere begreifen, was in der Welt vor sich geht. Bis Sinowjew verstanden hatte, daß der Kapitalismus sich stabilisiert, daß auf eine deutsche Revolution nicht zu rechnen ist und deswegen alle Träume der Bolschewisten auf bewaffneten Umsturz in Deutschland vergeblich waren, mußten fünf Weltkongresse der kommunistischen Internationale abgehalten werden. Auf dem sechsten Weltkongress wird er wahrscheinlich begriffen haben, daß er mit seinem Belsa Kun, seinem Guralisti, seinem Maslow und Ruth Fischer in Deutschland die Reaktion gründlich in den Sattel gesetzt hat. In der deutschen KPD. scheint der Kagenjammer jetzt schon gründlich einzusetzen. Die Berichte der „Roten Fahne“ über den soeben abgehaltenen Berlin-Brandenburger Bezirksparteitag zeigen, wie tief die Enttäuschung und die Verzweiflung über die sinnlose Taktik der KPD. sich auch bei den Kommunisten eingegriffen hat. „Das stille Liquidatortum“, wie Ruth Fischer es nannte, geht in den Reihen der KPD. um. Ausgerechnet Ruth Fischer, die freischwebende Bekämpferin des Opportunismus, muß den Bruch mit der bisherigen Taktik feierlich verkünden. Freilich, worum es sich handelt, begreifen diese ewig Gefstrigen auch heute noch nicht. Sie glauben zu schieben und werden doch nur von Kräften geschoben, die zu meistern sie niemals imstande sein werden, weil sie sie nie begriffen haben.

Wenn wir in der Vergangenheit die Kommunisten die Steigbügelhalter der Reaktion nannten, dann lobte die „Rote Fahne“, für die es nur eine Taktik gab: das Gegenteil von dem zu tun, was die Sozialdemokratie empfahl. Heute erklärt Ruth Fischer ihren eigenen Anhängern:

„In Preußen haben wir noch eine sogenannte republikanische Regierung und wir Kommunisten bilden im Landtag das Jünglein an der Wage. Aus lauter Angst vor dem Schein der Koalitionspostill mit der SPD. unterstützen wir indirekt die Deutschnationalen. Wir haben vier oder fünfmal hintereinander die schwarzgoldene Regierung gestützt und haben dadurch fürchterliche Stimmungen bei den Massen ausgelöst.“

Wenn wir über Braun abstimmen, so haben wir ja nicht die Wahl zwischen Rätedeutschland und Braun, sondern die Wahl

zwischen Schlange-Schönungen und Braun, für den acht Millionen Arbeiter gestimmt haben. Wenn Braun gestürzt wird und an seine Stelle kommt ein nationalsozialistisches Kabinett, dann werden uns — was wir auch reden mögen — die Massen dafür verantwortlich machen.“

Ruth Fischer will noch nicht so weit gehen, „Koalitionspolitik“ mit bürgerlichen Parteien zu betreiben. Sie meint, daß man damit den Boden der KPD. verlässe. Aber schon kommt das fürchterliche Wort über ihre Lippen. Wenn in Preußen und in Deutschland Koalitionspolitik noch nicht gestattet ist, in China, in Bulgarien, vielleicht auch auf dem Monde, darf man Koalitionspolitik treiben. Die talmudistischen Gelehrten und Theologen der KPD. wissen schon den Unterschied herauszufinden und ihren Gläubigen haarsträubend nachzuweisen, daß das, was in China erlaubt und gestattet, in Deutschland und Preußen die Sünde wider den heiligen Geist ist.

Daß die Taktik der KPD. in Deutschland ein Verbrechen gewesen ist, gibt jetzt endlich auch Ruth Fischer zu: „Etwa sechs Monate wurden uns die Massen abspenstig gemacht unter dem Scheinwand des Kampfes gegen die Reaktion. Der Verlust von zwei Millionen Stimmen kam nicht nur von der objektiven Situation, sondern auch daher, daß wir es nicht richtig verstanden, die Argumente des Gegners zurückzuschlagen. Unsere Gegner schreien seit Monaten über unser angebliches Bündnis mit der Reaktion. . . 13 Millionen haben für Marx gestimmt, und die Arbeiter haben an die Einflüsse der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften geglaubt.“

Der einzige Erfolg der Kommunisten war die Wahl Hindenburgs:

„Hindenburg ist der Kriegsruf im Weltmaßstab. Die kommunistische Internationale hat im Weltmaßstab eine Schlappe erlitten dadurch, daß wir mit der Hindenburgsache angegriffen wurden.“

So heißt denn die neue Parole: rückwärts, rückwärts. Der Schritt vorwärts, der im Oktober 1923 mit der „Verwandlung der KPD. aus einer radikalsozialistischen in eine bolschewistische Partei“ gemacht wurde, soll, wenn auch nicht mit Worten, so doch durch die Tat rückgängig gemacht werden. Die Kommunisten wollen eine „zentristische“ Taktik, wie sie das früher genannt hätten, verfolgen. Die SPD. soll mit Vorschlägen entlarvt werden, an die die Kommunisten selbst nicht glauben, und die sie nur machen, weil sie auf die Stimmung der Massen Rücksicht nehmen wollen. Dieselbe Ruth Fischer, die den Massen hinauswurf zahlreicher kommunistischer Funktionäre aus den Gemeindevertretungen, aus Gewerkschaftsstellungen veranlaßte, predigt jetzt ihren Anhängern Rückkehr zur praktischen Arbeit, weil sonst die KPD. nicht mehr zu retten sei. Freilich, sie hat schon recht, wenn sie sagt:

„Es ist schwer für uns, die neue Lage zu kapieren und die neue Taktik anzuwenden, weil zum Teil noch alte Brandier-Tendenzen leben, die eine Rückkehr zur Sachienattik hindern möchten. Es herrscht auch noch viel Unklarheit. Das Richtige ist sehr verständlich, wenn man den Weg der Partei über Leo-Friesland-Brandier usw. bedenkt. Die Zentrale beschönigt nicht die Situation und sagt nicht: „Alles in Butter“, sondern betont, daß, wenn Fehler gemacht worden sind, sie korrigiert werden müßten.“

Der neue Kurs wird die KPD. nicht retten. Er wird ihren Zusammenbruch vielleicht vorübergehend aufhalten. Die Zeit der Halbheiten und der Unklarheiten, die Zeit der Phrasen ist vorbei. Weil Ruth Fischer und ihre Freunde weder den Gang der politischen Ereignisse, noch die praktischen Schlussfolgerungen für die Arbeiterbewegung begriffen haben, deswegen wird der Zusammenschluß der Arbeiterchaft zu einer einheitlichen geschlossenen und politisch arbeitenden Bewegung nicht aufgehalten werden. Nach einem Jahr wird vielleicht Ruth Fischer noch etwas weiter sein, als wie sie heute ist. Ihre Arbeiter aber begreifen schneller. Das Spiel ist aus. Die Putzschiffen täten besser, von der Bühne zu verschwinden.

Der Kaisertag als Tag der Republik.

Die Reaktionäre jubeln — zu früh!

Der Beschluß des Haushaltsausschusses, den Tag der Kaiserproklamation und der preussischen Königskrönung als Nationalfeiertag der Republik zu bestimmen, findet in der reaktionären Presse jubelnden Beifall. Die deutschnationalen Hugenberg-Blätter sehen sich schon am Ziel aller Wünsche. Es sollen wieder „Titel“ kommen (Hugenberg wird einen der ersten erhalten); die Monarchistenjahre soll wieder amtlich wehen; und schließlich gibt's einen monarchistischen Nationalfeiertag, wobei am 27. Januar gleich einen monarchistischen Nationalfeiertag am 18. Januar, wobei am 27. Januar gleich noch eine gehörige Nachfeier abgehalten werden könnte.

Aber der Jubel ist zu früh erfolgt. Denn ein Ausschlußbeschluss ist noch kein Gesetz. Und bevor der Antrag im Plenum angenommen wird, dürfen noch etliche Erörterungen darüber stattfinden, ob die deutschnationale Regierung, die zur Enttäuschung ihrer Anhänger noch kein Wort von der „Kriegsschuldfrage“ gesprochen hat, mit einem monarchistischen Reichsfeiertag die Ausschüßten des von ihr vorgeschlagenen Sicherheitspactes verbessern soll. Jedenfalls scheint man im Zentrum, auf dessen Stimmen es ankommt, noch nicht ohne weiteres bereit zu sein, als „Regierungspartei“ jede reaktionäre Dummheit mitzumachen. Die „Germania“ begleitet den Schlußbürgerbeschluss mit folgender Bemerkung:

Die Einführung eines Nationalfeiertages wäre an sich zu begrüßen. Aber der 18. Januar scheint doch wenig glücklich gewählt, wenn man bedenkt, daß das alte Reich während der 50 Jahre seines Bestehens diesen Tag nicht gefeiert hat. Im Plenum dürfte das Zentrum gegen diesen Antrag stimmen. Der würdigste Tag für den Nationalfeiertag wäre der 11. August, der Tag, an dem das deutsche Volk wieder festen verfassungsmäßigen Boden unter den Füßen gewann. . . Auch über die Frage der Titel und Orden ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die Gründe, die für und gegen die Einführung von Orden sprechen, bedürfen noch einer gründlichen Nachprüfung.

Aber selbst wenn eine Zufallsmehrheit im Plenum den Schwabensirenen des Ausschusses گوشgehören sollte — der preussische Krönungs- und deutsche Kaisertag wird niemals Nationalfeiertag werden. Alle eifrigen Republikaner werden dieses Fest als eine Provokation, als eine Beleidigung ihres Strebens ansehen. Sie werden es ablehnen, sich von den Feinden der Republik ihre Feiertage vorschreiben zu lassen, und um so fester halten an den Gedankengängen der Republik, die jene besudelten.

Glaubt man wirklich, schon jetzt den Handschuh werfen zu dürfen — er wird aufgenommen werden — darauf dürfen sich die Herrschaften verlassen!

Gestohlene Briefe.

Und Moralprediger mit bester Weste.

Die Deutschnationalen sind seltsame Gesellen. Sie entrüsten sich gern in spießbürgerlicher Art über andere, die im politischen Kampfe Waffen anwenden, die nur für die Urteutonen erlaubt zu sein scheinen.

In der „Deutschen Zeitung“ ist man darüber empört, daß habdichs Zentrumsteuere in Griesbach, wo Erzberger ermordet wurde, eine Gedächtnisfeier für den von deutschnationalen Nordbuben „gestohlenen“ Freund abhielten. Im Zorn darüber stellen sie Erzberger als einen Mann dar, dem durch das Gericht bescheinigt worden sei, daß er „gestohlene Briefe“ (über die Agitation des Flottenvereins im Jahre 1907) politisch verwendet habe. Dadurch sei Erzberger „in den Augen aller Anständigen bemakelt“ worden.

Nun hat gerade die „Deutsche Zeitung“ erst vor wenigen Wochen mehrere gestohlene Privatbriefe in fettem Druck auf der ersten Seite des Blattes veröffentlicht, und als wir sie auf die unsaubere Quelle himmelsein, brüstete sie sich noch ihrer guten Beziehungen. . .

Wenn also die Verwendung wirklich gestohlener Briefe „in den Augen aller Anständigen bemakelt“ wird, wie kommt sich da die teutonische Clah-Zeitung vor?

Joshua Weisgal.

Von Hans Trauttl.

Nein, dies ist nicht der Name eines neuen Balkanpolitikers. Joshua Weisgal ist nicht einmal Dichter. Nach dem Maßstab der Allgemeinen hat er sich durch nichts Besonderes ausgezeichnet. Er hat kein Buch geschrieben. Und doch hat er mich zuweilen erschüttert wie die gute Seite eines Gedichtes, die unseren Gang auf einen Tag beschwingt, die den Rhythmus eines ganzen Tages umschaltet, so daß wir, von tiefer Zufriedenheit erfüllt, der Dämmerung des Abends stehender entgegengehen.

Nur die Menschen sind wertvoll, die die Kraft eines Kunstwerkes ausstrahlen und uns beschwingen. Sie sind selten wie große Kunstwerke. Joshua war solch ein Mensch.

Er war in seinem zwölften Lebensjahre als armer Einwanderer aus Russland nach Amerika gekommen. Als ich ihn an der Nordostseite des Broadway und der 116th Street zum ersten Male eine Zeitung abkaufte, mochte er 23 Jahre alt sein. Es war während des Krieges. Infolge der vielen Extrablätter ging sein Geschäft leiblich, zumal er seinen Stand hart an der Untergrundbahnhaltestelle und Columbia University hatte. Ueber 10 000 Studenten gingen täglich an Joshua vorbei, und mancher legte seine Kupfermünzen für eine frisch riechende Zeitung mit einer riesigen headline hin.

Ich blieb oft bei ihm stehen und unterhielt mich mit ihm, der mich dann immer auf besonders gute Beiträge im „Freeman“, „Nation“, „New Republic“ usw. aufmerksam machte. Joshua las viel und stets die Zeitchriften radikalster Richtung. Immer war er über die wahre Entwicklung europäischer Ereignisse gut unterrichtet. In einer Diskussionsternzeit hatte er keine Illusionen.

Häufig beobachtete ich, wie Gesichtspfefforen von internationalen Auf sich entweder offen und ehrlich mit ihm unterhielten, oder — besonders nach der amerikanischen Kriegserklärung an Deutschland — von weitem stehen blieben und unserer Unterhaltung zuhörten, indem sie vorgaben, an dem neuesten Leitartikel der „Times“ interessiert zu sein. Wurde es doch auch immer gefährlicher, sich mit Individuen nicht ganz 100prozentiger amerikanischer Zucht, wenn auch nur spielerisch, abzugeben, besonders, wenn diese den „Liberator“ an ihrer Zeitungsbude in einer Weise zur Schau stellten, daß er die Pinkatintelligenz der „Saturday Evening Post“ in den Schatten stellte.

Joshua war damals in dem ganzen Universitätsviertel unter kampflusternen Amerikanern, keppischen Neutralen und isolierten Mitteleuropäern der einzige Unentwegte. Er war der schlechthin Gebildete. Hatte unsere Zeit auch nur das Geringste mit Kulturgeist zu tun, so hätte er, nicht Nicholas Murray Butler, Präsident der Unterstadt sein müssen, an deren Ecke er Zeitungen verkaufte. Kam ein besonders patriotischer Amerikaner, so legte ihm Joshua mit professioneller Fürsorge sein Leitblatt hin mit den ermutigenden Worten: „Take your poison! Taken in such quantities, it'll cure you some day.“ („Nehmen Sie Ihr Gift. In dieser Menge wird es Sie eines Tages heilen.“)

Im eisstrahlenden Sturm lauchender New Yorker Winterabende fand Joshua bei seiner Bude, über der eine trübe Dampfung auf-

geregt und freischwebend hin- und herschwante. Wenn ich ihn zu einer heißen Tasse Kaffee abholte kam und ihn so stehen sah, aufrecht, die schädige Wollmütze tief in das scharfe Gesicht gezogen, voll ruhelofer, brennender Intelligenz, einsam kämpfend, im ganzen akademischen Viertel einer der wenigen Menschen, besetzt von einer Idee, die über die Begriffe der trottelnden, marschierenden, mordenden Heerde ragte, dann empfand ich, wie selten, die Nähe eines bedeutenden, sechtenden Menschen, eines Helden.

Ich kann keinen Aufsatz über dein Werk schreiben, Joshua Weisgal, denn du bist ein Weltweiser und hast keines geschrieben. Aber dein sanftes flammendes Antlitz, deine frei freilebenden Gedanken und schwingenden Worte, die du wie die hell flackernden Kupfermünzen in deine blecherne Kasse in der Menschen leere Gesichter warfst, sind mir durch die Jahre lebendig geblieben. Und führt mich mein Schicksal noch einmal in jen harte Stadt aus Stahl und Stein, so wird dir mein erster Besuch gelten. Vielleicht steht du noch dort an jener windigen Ecke und verkauft frisch riechendes Gift. Du hast es immer gesagt: Von solchen Ecken kommt man sobald nicht wieder los.

Der Herzschlag der Sonne.

Der soeben gestorbene französische Astronom Camille Flammarion, der sich während seines langen Lebens so viel mit dem innigen Zusammenhang unseres Erdballs mit dem Kosmos beschäftigte, hat einen der letzten Aufsätze, die er geschrieben, der Beziehung der irdischen Erdbeben zu den Veränderungen in der Sonne gewidmet. Er spricht in diesem Aufsatz von dem „Herz der Sonne“ und dessen Pulschlägen.

„Bei der Unruhe, die in den geologischen Schichten unter unseren Füßen herrscht, müssen wir uns abfinden, immer wieder auf unserer wandernden Welt Erschütterungen zu erleben.“ schreibt er, „und durchschnittlich äußert sich diese Unruhe jährlich in 30 000 wahrnehmbaren Erdbeben auf der Oberfläche unseres Planeten, von denen etwa 30 mehr oder weniger große Zerstörungen hervorrufen. Ein Erdbeben ist, kurz gesagt, ein Versuch zur Stabilisierung, der von den Erdkräften unternommen wird, nachdem ihr Gleichgewicht gestört worden ist. Wir suchen seit langem eine regelmäßige Wiederkehr oder Periodizität dieser Erschütterungen festzustellen, aber bis jetzt ist es uns noch nicht gelungen, ein Gesetz dafür zu finden. Die Sonne beherrscht unseren Planeten, wie sie die anderen Erden am Himmel beherrscht, — die Sonnenfamilie ausmachen. . . Nichts auf unserer Erde — selbst nicht die Steine der unterirdischen Felslagerungen — kann von den Veränderungen der Licht- und wärmehabenden Energie unabhängig sein, von der alles irdische Leben abhängt. Es ist fähig, sich vorzustellen, daß die Veränderungen im Innern der Sonne bis tief hinein in die tieferen Schichten der Erde wirken und die Erschütterungen hervorrufen. Aber je mehr wir von diesen „Pulschlägen des Sonnenherzens“ erfahren, desto wahrscheinlicher wird diese Annahme.“

Es ist ja heute bekannt, daß die Sonnenflecken sich nicht zufällig bilden, sondern in einem regelmäßigen Zeitraum von etwa 11 Jahren wachsen und abnehmen. Es ist da eine gleichmäßige, rhythmische Veränderung, die uns an Ebbe und Flut unserer Meere erinnert, aber während wir wissen, daß die Fluten auf unserer Erde

von der Anziehungskraft der Sonne und des Mondes hervorgerufen werden, wissen wir noch nicht, wodurch die Ebden und Fluten der Sonnenaktivität entstehen. Ein geheimnisvolles Leben besetzt und durchdringt unseren Stern, und es teilt sich uns durch Ausstrahlungen mit, von denen die Wissenschaft nur die ersten Symptome entdeckt hat. Die Sonnenflecken sind nicht die einzigen Anzeichen dieser rhythmischen Pulschläge der Sonne. Die weißen leuchtenden Stellen, die wie ungeheure Flammen sich auf der Sonnenoberfläche zeigen, folgen ebenfalls dem Gesetz der Ebbe und Flut, und ich war einer der ersten, der behauptete, daß es mit dem Erdmagnetismus ebenso sei, zu einer Zeit, als noch niemand etwas davon wissen wollte. Die Pulschläge des Sonnenherzens, fast 150 Millionen Kilometer entfernt, werden auf die Erde übertragen und lassen die winzige, im Kompaß eingeschlossene Magnetnadel erzittern. Das Selbstsame dabei ist, daß die Größe ihrer täglichen Abweichung den Veränderungen der Sonnenaktivität entspricht. Wenn die Sonne irgendeinem fieberhaften Anfall unterworfen ist, dann wird auch die Magnetnadel erregt und verliert die Nordrichtung. Während der Zeiten der Ruhe im Sonnenherzen beruhigt sie sich wieder. So wirken die Schläge dieses Sonnenherzens in der verschiedensten Weise auf unseren Stern, durch Licht, Elektrizität, Hitze, Magnetismus und chemische Strahlen, und unsere Erde antwortet wie ein Echo jedem dieser Pulschläge.“

Ein Rohr von 300 Kilometer Länge. Die Delleitung, die von den Delleitern bei dem Dorfe Busing in Texas nach dem östlich davon gelegenen Hull führt, stellt ein einziges Rohr dar, denn die sämtlichen Verbindungen sind verschweißt. Die Arbeit an diesem Eisenrohr ging, wie in der „Umschau“ berichtet wird, so rasch vor sich, daß vom Beginn der Anlage bis zur Inbetriebnahme der Leitung nur 100 Tage vergingen. Als die Leitung noch während des Baues auf ihre Dichtigkeit untersucht wurde, zeigte sich bei einem Wasserdruck von 52 Atmosphären nur eine schlecht geschweißte Stelle auf 60 Kilometer. Die höheren Ausgaben für diese Rohr-anlage machen sich bald bezahlt, da es keine Undichtigkeiten gibt wie bei Flanschverbindungen.

Vorträge. Am Englischen Seminar der Universität Berlin spricht Freitag abend 6½ Uhr der Sekretär der Amerikanischen Handelskammer in Berlin, H. C. Dunning, über „Wohlfahrt des deutsch-amerikanischen Handels.“

Neue Fortschritte der Volksbühnenbewegung in Mittelschweden. Im April und Mai bildeten sich in Werberg, Götten und Selmsel neue Theatergemeinschaften, die dem Verband der Deutschen Volksbühnen ange-schlossen wurden.

Paul Vetter, der hervorragende deutsche Musikschritsteller, ist zum Vizepräsidenten des Kaiserlichen Staatsbühnenrats vom Kultusminister ernannt worden. Vetter kam seiner Zeit auch in Frage für die Berliner Staatsbühne. Er kann nun, wenn auch in kleinerem Rahmen, seine fruchtbaren Gedanken an der Deutscher erproben.

Die Jubiläumsgabe der Werke Leo Tolstois. Der russische Staatsverlag bereitet die Herausgabe einer Jubiläumsgabe der gesammelten Schriften des Grafen Leo Tolstoj vor. Es sollen alle Werke des berühmten Dichters, sein gesamter Briefwechsel, die Tagebücher und auch die religiösen Schriften ohne jede Restriktion erscheinen. Die Ausgabe wird 91 Bände umfassen, die mit neuen Porträts und sonstigen Bildern versehen sein werden. Es ist eine bedeutende Redaktionskommission unter dem Vorsitz Dunajewskis ernannt worden.

Die Arbeitszeit in der Hüttenindustrie.

Das Ergebnis einer Umfrage.

Der Zentralverband der Deutschen Metallgewerkschaften und Hüttenindustrie, E. V. (Sitz Köln, Friesenplatz 16) hat mit Rundschreiben 1936 seine Mitglieder um Auskunft erfragt über die Arbeitszeit in ihren Betrieben. Wie der Verband unter dem 4. Juni seinen Mitgliedern berichtete (Rundschreiben 1107), haben 45 Mitglieder geantwortet, daß in ihren Betrieben folgende Arbeitszeiten bestehen:

„Die 48 stündige Arbeitszeit wird nur bei 7 Werken angewandt, die sich auf Mittel-, Süd- und Norddeutschland gleichmäßig verteilen. Ein Werk schreibt uns, daß ein Abgehen von der 8 stündigen Arbeitszeit bei den Arbeitern auf Schwierigkeiten stoßen würde. Auf Grund von Tarifverträgen können aber bei diesen Mitgliedern teilweise höhere Arbeitszeiten verlangt werden, und es werden in Ausnahmefällen bei Bedarf auch tatsächlich 9 oder 10 Stunden gearbeitet.“

Bei einem süddeutschen Werk ist die Arbeitszeit auf 53 Wochenstunden festgesetzt. Bei den meisten Mitgliedern (19) wird 54 Stunden gearbeitet. Es handelt sich hier um 3 westfälische, 4 rheinische, 4 süddeutsche und 8 mitteldeutsche Werke. Dabei wird allerdings bei einfacher Schicht teilweise mehr gearbeitet. Bei verschiedenen Werken ist für die Gießerei- und Glühwerksbetriebe eine tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden gebräuchlich, während ein süddeutsches Werk mitteilt, daß in seiner Gießerei mehr als 54 Stunden gearbeitet wird. Bei einem rheinischen Werk wird in einfacher, wie in der Doppelschicht 55 Stunden, bei 12 anderen Mitgliedern, hauptsächlich aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk, 56 bzw. 57 Stunden gearbeitet. Diese Arbeitszeit gilt meist sowohl für die einfache, wie auch für die Doppelschicht. Dabei wird von 2 westfälischen Mitgliedern berichtet, daß zurzeit Verhandlungen über eine neue Regelung im Gange seien.

Mehr als 57 Stunden wird bei 4 Mitgliedern gearbeitet, und zwar in einem Falle 57½, in einem anderen 58, bei einem dritten Werk 60 Stunden. Bei einem vierten Mitglied beträgt die Arbeitszeit für die Wechselschicht 66 Stunden, während in einfacher Schicht 56 Stunden gearbeitet wird.

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich für die Metallhüttenindustrie im allgemeinen eine Arbeitszeit von 54 bis 56 Wochenstunden.

Wir möchten diejenigen Mitglieder, die uns bisher über die Regelung der Arbeitszeit noch nichts mitgeteilt haben, bitten, dies baldmöglichst nachzuholen, damit wir für die kommenden Verhandlungen zur Neuregelung der Arbeitszeit möglichst vollständiges Material besitzen.

Hochachtungsvoll

Zentralverband der Deutschen Metallgewerkschaften und Hüttenindustrie, E. V.

A. B. (gez.) Dr. Hupperb. (gez.) Dr. Warnke.

Dieses Rundschreiben ist zwar mit Gummistempel als „Vertraulich“ bezeichnet. Allein bei dem nicht geringen Interesse, das sowohl bei den Arbeitern dieser Betriebe und ihren Organisationen, sowie auch für die Allgemeinheit vorliegt, hielten wir uns verpflichtet, ihm zu weiterer Verbreitung zu verhelfen.

Die Arbeiter, die mit Rücksicht auf ein paar Groschen Mehrverdienst in der Woche, auf die Zumutungen nach Längerarbeit allzu bereitwillig eingehen, können hieraus ersehen, daß mit den Ruten, die sie sich dadurch binden, sie samt ihren übrigen Arbeitskameraden geschädigt werden sollen. In dieser Beziehung ist das Rundschreiben sehr lehrreich.

Die Frage ist allerdings, ob die Arbeiter hier nicht unter einem außerordentlich starken Druck der Unternehmer stehen, was ja bei den Herren von der Schwerindustrie nicht weiter überraschend wird. Jedenfalls zeigt die Umfrage, unter welcher kulturwidrig langen Arbeitszeit die Arbeiter der Hüttenindustrie noch beschäftigt werden.

übrigen wurde scharfe Kritik am Preussischen Justizministerium geübt, das nicht einmal einen Vertreter zum Verbandstag entsandt hatte, um die Wünsche und Beschwerden ihrer Justizwachmeister kennenzulernen.

Angestellte der Berliner Metallindustrie!

Die am Montag, dem 8. Juni, stattgefundenen üblichen Verhandlungen über den Schiedsspruch vom 23. Mai, sind ergebnislos verlaufen. Die Entscheidung liegt nun beim RMR und wird vor Montag, den 15. Juni, nicht zu erwarten sein. Sobald das Resultat vorliegt, werden wir weitere Nachrichten folgen lassen bzw. eine RMR-Funktionärerversammlung einberufen.

AM-Metallartell. Günther, Lange, Rothe.

Arbeiter-Wochenfahrkarte und Angestellte.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat die Reichsbahndirektionen Altona und Berlin angewiesen, ab April 1923 Arbeiterwochenkarten 3. Klasse nur noch an Personen abzugeben, die ausschließlich mit mechanischen oder handarbeitlichen beschäftigt werden. Durch diese Maßnahme ist eine große Anzahl von Angestellten (Werkmeister, Techniker und Bureauangestellte), die bis dahin von dieser Fahrvergünstigung Gebrauch gemacht hatten, nunmehr davon ausgeschlossen worden. In den hierdurch betroffenen Angestelltenkreisen ist eine begründete Erregung vorhanden, die um so mehr berechtigt ist, als die angeordnete Einschränkung auf einer mit der sonstigen Begriffsbestimmung sich nicht deckenden Auslegung des Begriffs „Arbeiter“ beruht.

Der Allgemeine freie Angestelltenbund (AFB) hat sich daher in einer Eingabe an die Deutsche Reichsbahngesellschaft gemeldet und von dieser gefordert, daß von einer Berufsbeschreibung überhaupt Abstand genommen wird und die Tatsache der Zugehörigkeit zur Invaliden- oder Angestelltenversicherung als alleiniges Merkmal zur Berechtigung der Benutzung von Arbeiterwochenkarten anzusehen sei. — Wir hoffen bestimmt, daß die Reichsbahngesellschaft diese Eingabe berücksichtigt, die von dem Gros der Arbeitnehmer unterstützt wird.

Streik im Deutschen Nationaltheater.

Weimar, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das technische Personal des Deutschen Nationaltheaters in Weimar ist in den Streik getreten. Da es im Laufe des Dienstag nicht möglich war, den Streik beizulegen, wurden die Vorstellungen des Theaters für die nächsten Tage abgesetzt. Das im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband organisierte technische Personal hatte vor längerer Zeit die Forderung eingereicht, in bezug auf Lohn, Ferien usw. dem Chorpersonal gleichgestellt zu werden. Das wurde vom Ministerium für Volksbildung nicht abgelehnt. Verhandlungen, die am Dienstag vor dem thüringischen Schlichter stattfanden, der eine gütliche Einigung erzielen wollte, da die Tarifkontrahenten erst später zumuteten, schloßten sich, daß die Regierungsvertreter die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit zu den bisherigen Bedingungen verlangten.

Streik beim Stahlwerk Beder.

Essen, 9. Juni. (U.) Auf der Reinhold-Hütte des Stahlwerkes Beder in Gelsenkirchen sind die Maurer in einen wilden Streik getreten. Sie wurden darauf fristlos entlassen. Da der Betrieb des Werkes von der Arbeit der Maurer abhängt, ist es nicht ausgeschlossen, daß bei längerer Dauer des Streiks der Betrieb zum Erliegen kommt.

Williams' Abschied.

Seit der Wiederaufrichtung der Internationalen Transportarbeiterföderation war Robert Williams deren Präsident. Da er nun kürzlich zum Direktor des „Daily Herald“, des Organs für die politische und gewerkschaftliche Bewegung der englischen Arbeiterschaft, ernannt worden ist, hat er sich im Mitteilungsblatt der ITF. von seinen Kollegen verabschiedet. Zur Ernennung seines Nachfolgers hat die englische Sektion bereits Schritte unternommen.

Italienische Klage.

Aus Rom wird gemeldet: Der Umstand, daß die englische Regierung, um der Arbeitslosigkeit in England zu steuern, die italienischen Kellner und Hotelangestellten ausweisen will, erregt hier Verwunderung und Beforgnis. Wie soll Italien, so schreibt der „Messaggero“, seine Kriegsschulden abtragen, wenn man auf diese Weise seine Auswanderung immer mehr erschwert?

Die Sozialgesetzgebung im Saargebiet ist durch die Versäumnisse der völkerbundlichen Regierungskommission so rückständig geworden, daß die Renten um 55-70 Proz. geringer sind als im übrigen Deutschland. Eine sozialdemokratische Massenversammlung in Saarbrücken hat Abhilfe gefordert. Sollte die Regierungskommission außerstande sein, die aufgestellten Forderungen zu erfüllen, so wird verlangt, daß die Sozialversicherung wieder an diejenige des Deutschen Reiches angegliedert wird.

Abteilung, SPD-Pass- und Selbsthilfeschloß! Am Donnerstag abends 7 Uhr, bei Weinhold, Eipstr. 7, Versammlung aller SPD-Genossen. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Wichtig! Tagesordnung. Parteiausweis legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Wirtschaft

Die Stickstoffindustrie der Welt. Die Zeitschrift „Economist“ bringt eine ausführliche Uebersicht über die Lage der Stickstoffgewinnung aus der Luft. Die Weltproduktion dieses Stickstoffes betrug 1924 eine halbe Million Tonnen, was einer Menge von drei Millionen Ammoniaklösung oder Chloralkali entspricht. Gegenwärtig wird also Stickstoff ungefähr in der gleichen Menge verwendet wie Chlorkalk, dessen Jahresproduktion ungefähr 2,5 Millionen Tonnen betrug. Während aber die Salpetermineralien in Chile in absehbarer Zeit erschöpft sein dürften, sind der Stickstoffgewinnung aus der Luft keine Schranken gesetzt. Ungefähr drei Viertel der Weltproduktion an Stickstoff entfallen auf Deutschland, wo er durch das Haber-Bosch-Verfahren hergestellt wird. Mit diesem Verfahren werden 65 Prozent der Gesamtproduktion gewonnen. In Ländern mit billigen Wasserkräften werden andere Verfahren bevorzugt. So wird in den Vereinigten Staaten Stickstoff aus der Luft, vor allem durch Ausnützung des Niagara-Wasserfalls mit Hilfe des französischen Claude- oder des italienischen Calabé-Verfahrens hergestellt. Desgleichen in Norwegen, wo dank der billigen Wasserkräfte dieser Produktionszweig sich gut entwickelt hat. Das Verfahren von Claude ist ferner in Belgien, Italien, Spanien und Japan verbreitet. In Frankreich selbst oder, wo es ebenfalls viel benötigt wird, entschied sich die Regierung für das Haber-Bosch-Verfahren. Der Vertrag der deutschen chemischen Truste (Badische Anilin- und Sodalwerke) mit den französischen Gruppen hat vor allem die Einführung dieses Verfahrens zum Ziel gehabt. Dank seiner Wasserkräfte wird Frankreich bald in der Lage sein, eine halbe Million Tonnen jährlich zu erzeugen und seinen ganzen Bedarf zu decken. Sehr große Fortschritte wurden in Italien erreicht, wo mit dem Calabé-Verfahren im Jahre 1924 über 100 000 Tonnen (17 000 Tonnen reiner Stickstoff) hergestellt wurden. Diese Menge soll für das Jahr 1926 auf 252 000, für 1927 auf 300 000 Tonnen gebracht werden.

Aus dem Anilin Konzern. Wegen der Fusion der Konzentration der im Anilin Konzern vereinigten chemischen Fabriken haben sich schon seit lange Verhandlungen. Durch die Erkrankung des Generaldirektors Bosch, der diese Verhandlungen leitete, sind sie ins Stocken geraten. Sie werden wieder aufgenommen werden, so lautet die Auskunft der Verwaltung in der Generalversammlung der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation, sobald es der Gesundheitszustand des Geheimrats Bosch erlaubt. Sehr große Schlaglichter auf die Wirkungen unserer künftigen Zollpolitik werfen die Ausführungen, die die Verwaltung in der Generalversammlung dieser Gesellschaft über den Beschäftigung machte. Sie beklagte es, daß das Auslandsgeschäft vollkommen ins Stocken geraten sei, da sich das Ausland durch hohe Zollmauern absperrt und da die Fabriken der fremden Länder für das deutsche Geschäft eine starke Konkurrenz darstellen. Sehr interessant ist an diesen Ausführungen einmal das Eingeständnis, daß das Ausland auch ohne deutsche Farben auskommt, während es bisher immer so dargestellt wurde, als ob die deutsche Farbenindustrie ein unentbehrlicher Faktor für die Versorgung gewisser ausländischer Textilindustrien mit Farben sei. Interessant ist ferner an diesen Ausführungen, daß die ausländischen Zollmauern das deutsche Exportgeschäft behindern. Soglich wäre infolgedessen die Schutzfolgerung, daß hohe Zölle für das Exportgeschäft, das wir nach der Meinung aller prominenten Wirtschaftler doch so notwendig brauchen, ein starkes Hemmnis seien. Und nun vergleiche man hiermit die neue Zollvorlage.

Ende des ostberliner Kontingents. Die Bestimmungen des Artikels 268 b des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919 und des Artikels 224 des am 15. Mai 1922 in Genf geschlossenen deutsch-polnischen Abkommens über Obererschlesien, betreffend die zollfreie Einfuhr gewisser obererschlesischer Erzeugnisse (Kontingentswaren) treten mit Ablauf des 14. Juni 1925 außer Kraft. Waren der genannten Art, die nach diesem Zeitpunkt zur zollfreien Schlußabfertigung gestellt werden, haben beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen (Ursprungsnachweise usw.) nur dann Anspruch auf zollfreie Abfertigung, wenn einwandfrei nachgewiesen wird, daß sie die Grenze vor Ablauf der erwähnten Frist (14. Juni 1925, nachts 12 Uhr) überschritten haben.

Verantwortlich für Politik: Eilmar Schill; Wirtschaft: Arthur Gatenow; Gewerkschaftsbewegung: A. Striner; Redaktion: Dr. John Schlotmann; Sozial- und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: E. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 3.

Verbandstag der Justizwachmeister. Unterbeamtenabend.

Im Saale der Brauerei Pfefferberg ist der Reichsverband deutscher Justizwachmeister zu seinem ordentlichen Verbandstag zusammengetreten. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen erstattet der erste Vorsitzende Schmidt den Jahresbericht, in dem in erster Linie die soziale Lage der Justizwachmeister und ihre eigenartige Stellung in der Beamtenschaft überhaupt interessiert. Nach dem vom Redner mitgeteilten Tatsachen kann man ruhig sagen, daß man es hier mit den Stiefkindern des Vaters Staat zu tun hat. Schon bei der Schaffung der Besoldungsordnung von 1920 wurde gegen sie der erste und entscheidende Schlag verfehlt, indem man sie niedriger einstuft als die Beamtenkategorien, mit denen sie bisher gleichstanden. So konnte es geschehen, daß ein erheblicher Prozentsatz von ihnen in der niedrigsten Gehaltsgruppe (nämlich Gruppe 2, da Gruppe 1 für Beamte kaum in Frage kommt) steht. Bei der großen Verantwortung, die diese Beamten tragen müssen, ist es geradezu ein Skandal, wenn einem Teil von ihnen zugemutet wird, mit monatlich 105 M. bei den jetzigen Zeiten eine Familie ernähren zu müssen. Dabei ist ihr Dienst durchaus nicht ungefährlich; kamen doch in einem Jahre allein 60 Ueberfälle vor, so daß das Gefahrenmoment über dem Kopf der Schuppeligen liegt. Dabei tut der Staat so gut wie nichts zum persönlichen Schutze dieser Beamten und hatte es sogar abgelehnt, die Kosten für die Ausbildung in Jiu-Jitsu zu übernehmen.

Neben der unzureichenden Bezahlung dieser Beamtenkategorie ist es aber besonders ihre dienstliche Stellung, die mehr als „eigenartig“ genannt werden muß. Die Justizwachmeister müssen nämlich mit ihren Frauen und Kindern auch noch die Diensträume reinigen, eine Verpflichtung, die früher auch für die Hauswarte in den Schulen bestand, aber längst abgeschafft worden ist. Diese eigenartigen Dienstverhältnisse, die sich nicht nur auf den Beamten selbst, sondern auch auf seine Angehörigen erstrecken, finden sich außer bei der Justizverwaltung nur noch in Vondarbeiterfamilien. Immerhin sind die Vondarbeiter den Justizwachmeistern insofern weit voraus, weil deren Frauen und Kinder für ihre Arbeit wenigstens bezahlt werden und sie auch sonst gegen Krankheiten und Unfälle versichert sind. Das trifft für die Angehörigen dieser Beamten nicht zu. Das Justizministerium lehnte sogar ausdrücklich ab, einer Beamtin, die bei derartigen Reinigungsarbeiten von einer Leiter gestürzt war und sich verletzt hatte, eine Rente für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit zu bewilligen. Ueberhaupt zeugten die Verfügungen und Verordnungen des Justizministeriums davon, daß dort noch ziemlich rückständige Auffassungen zu herrschen scheinen und es ist daher dringend notwendig, daß sich der Preussische Landtag so bald wie möglich mit den vorinstanzlichen Dienstverhältnissen dieser Beamten beschäftigt.

Die Deutschnationalen und Kommunisten (die letzteren waren drei Mann hoch erschienen) verhielten daher auch nicht, den Delegierten alles und noch etwas mehr zu versprechen. Während der Diskussion war freilich keiner von ihnen mehr da und sie konnten deshalb auch nicht vernehmen, daß die Diskussionstendenz ihren Versprechungen sehr skeptisch gegenüberstanden und u. a. daran erinnerten, daß das Haupthindernis für eine bessere Einstufung das loeben durch die bürgerlichen Parteien verlängerte Besoldungsperrgesetz ist. Auch gegen die ziemlich langen Ausführungen des kommunistischen Abg. Obuch wandten sich die Diskussionstendenz mit aller Entschiedenheit. Ein Vertreter Sachens konnte feststellen, daß dort die Verhältnisse nicht so schlimm liegen, wie in Preußen und daß die sächsische Regierung längst zu einer besseren Einstufung gekommen wäre, wenn nicht das Besoldungsperrgesetz sie daran hinderte. Im

Wahlverein Rheingau-Zepernick.
Am 7. Juni entfällt nach langem
schwerem Leiden unsere Parteilgenossin
Henriette Werner
geb. Thiel
im 54 Lebensjahre. Wir werden ihr
Abwesen in Ehren halten. Einbesten-
nung morgen Donnerstag, mittags
12 Uhr, Krematorium Gertrudenstr.
071b
SPD. Der Vorstand.

Dankagung.
Für die anlässlich des Todes unserer ge-
liebten Mutter
Carl Gruhl
in so reichem Maße geleistete Teilnahme so-
wie für alle Freuden der letzten Freundschaft
zu unserem lieben Entschlafenen sagen wir
auf diesem Wege herzlichsten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen
Maria Klug, geb. Gruhl.

Metallbetten
Schmiedestr., Kinderbetten dir. an Priv.
A. H. Eisenmöbelfabr. Subi Thür.

Haben Sie Wanzen? So gebrauchen Sie Mothesin.

Unschätzbare Spezial-Mittel zur radikalen Vernichtung der
Wanzen und deren Brut. Sofort sicher und schnelle Wirkung.
Preis Flasche 1.-, 2.50 und 4.- M. Nur allein echt bei
Arth. Mothesin, Berlin N. O., Glienickerstr. 41.
Gegen Schaben, Ratten, Franzosen und Flöhe usw. Motten
nebt Deut helfen nur meine als vorzüglich anerkannten
Spezial-Mittel in Schachteln à 1.- M.

Bad Schmiedeberg

Rez. Halle - Bahn Wittenberg-Eilenburg
Eisenmoorbäd glänzend bewährt bei Gicht
Rheumatismus, Lechias,
Volständig renoviert Frauenleiden usw.
Kurzzeit März-Okt. Herrl. Waldg. Sommer-Touristen-
ort, Kurhaus mit Kongressbldn. Prov. H. d. st. Badewald.

**Berliner Elektriker-
Genossenschaft**
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Eldasser Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 - Tel. Plötzberg 9521
Herstellung elektr. Licht-, Kraft-
und Signalanlagen - Verkauf aller
elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Der gute Kapitän-
Kaufabak
in das höchste Niveau
qualitätlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3861

Küchen
Küche Lettchen mit Rahmen . . . 33 6RM.
Hermies mit Anrichte . . . 64 120
Magdalena mit Anrichte . . . 50 135
Amalie mit Anrichte . . . 120 178
Alma mit Seitenschranken
und Anrichte . . . 125 178
Riesenauswahl roher, lackierter, isolierter
Küchen u. einstell. Schränke/letzt enorm billig
Weiße Kleiderschränke
roh, 90 cm breit . . . 35 M., weiß . . . 55 M.
120 . . . 45 . . . 70
Ausstellung Westf. Isolierter Küchen v. 175-700 M.
Frei Haus Berlin
Küchenmöbelfabrik Himmel
Lothringstr. 22 (Schönhauser Tor)
Norden 108 21

**Berliner
Töpferhütte**
O. M. B. H.
angeschlossen dem Verband so-
zialer Baubetriebe
Berlin SO. 26, Waldemarstr. 14
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 9314
Ausführung sämtlicher Töpfer-
arbeiten. Neue Öfen und Re-
paraturen in guter und preis-
werter Ausführung. - Kosten-
lose heiztechnische Beratung.
Ad. Zimmermann
Fernruf 83 Stglitz Fernruf 83
Lindenstraße 4) und am Wannsee.
Fahrräder - Kinderwagen
Ersatzteile - Reparaturen